

Antrag

der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Horst Friedrich (Bayreuth), Jürgen Koppelin, Dr. Karl Addicks, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Otto Fricke, Rainer Funke, Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Carl-Ludwig Thiele, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Seeschifffahrt und Küstenschutz in Deutschland stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland ist hoch industrialisiert, jedoch rohstoffarm; Deutschland bleibt als moderner Industriestaat zur Produktion von Waren und Veredelungsgütern auf den ungehinderten und gesicherten Zugang zu Rohstoffen und Primärenergieträgern angewiesen. Aus dieser Abhängigkeit erwächst ein elementares Interesse am Funktionieren eines insgesamt offenen Weltwirtschaftssystems und eines freien Seeverkehrs. Ohne leistungsfähigen und kostengünstigen Seeverkehr gibt es keine wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit der Handelsverbindungen. Freie Seewege sind Lebensadern, auf die Deutschland wegen seiner geostrategischen Lage und seiner exportwirtschaftlichen Orientierung besonders angewiesen ist. Freier und ungestörter Seeverkehr ist die Voraussetzung, dass sich die deutsche Wirtschaft erfolgreich entwickeln kann.

95 Prozent des interkontinentalen Handels und 62 Prozent des innereuropäischen Handels werden über die See abgewickelt. Ein Fünftel des gesamten deutschen Außenhandelsvolumens wird über die deutschen Seehäfen abgewickelt, das entspricht einem Wert von 199,5 Mrd. Euro. Dabei ist noch nicht der Umschlag in europäischen Häfen wie Rotterdam erfasst, wo ca. 30 Prozent mehr Güter für Deutschland umgeschlagen werden als in Hamburg. Das bedeutet, dass Deutschland ein essentielles Interesse an einem starken maritimen Standort haben muss. Und der Standort Deutschland steht insgesamt gut da. Dies ist den gemeinsamen Bemühungen der Politik und der maritimen Wirtschaft zu verdanken. Der Deutsche Bundestag dankt insbesondere den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern für ihre gute Zusammenarbeit im maritimen Bündnis.

Die deutschen Reeder gehören zu den weltweit erfolgreichsten. Sie besitzen ca. ein Drittel der weltweiten Containertransportkapazität. Nachdem die Politik parteiübergreifend mit der Tonnagesteuer und dem Lohnsteuereinbehalt und den Förderungen für Ausbildungsplätze für eine Entlastung der Reeder gesorgt hat, sind nun die Reeder in der Pflicht, ihr Versprechen bezüglich der Ein- und Rückflaggen in das deutsche Register zu erfüllen.

Zunehmender Schiffsverkehr immer größerer Schiffe, Seeunfälle an europäischen Küsten und terroristische Gefahren haben in den letzten Jahren aber auch die Problemfelder des Seeverkehrs aufgezeigt. Insbesondere die soziale Situation der Seeleute bedarf der besonderen Beachtung und der zügigen Umsetzung internationaler Vereinbarungen.

Die deutschen Küsten sind nicht nur ein schützenswerter Raum für Mensch und Tier, sondern auch touristisch von hoher wirtschaftlicher Bedeutung. Ein Unglück wie mit dem Tanker „Erika“ darf sich an deutschen Küsten nicht wiederholen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,

- die Bedingungen für den Betrieb von Handelsschiffen unter deutscher Flagge weiter zu verbessern;
- dem drohenden Wiederanstieg der Lohnnebenkosten entgegenzuwirken;
- die Flexibilisierung der Schiffsbesetzung weiter zu fördern;
- die von der maritimen Wirtschaft zugesagte Ein- oder Rückflaggung von Schiffen unter die deutsche Flagge konsequent einzufordern;
- das Instrument der nationalen maritimen Konferenz unter Einbeziehung der maritimen Wirtschaft, der Sozialpartner, der Regierung und des fraktionsübergreifend repräsentierten Bundestages zu erhalten und auszubauen;
- verbesserten vorbeugenden Schutz bei Havarien anzubieten und schnellstmöglich neue leistungsstärkere, noch mehr Sicherheit bietende Notfallschlepper in Nord- und Ostsee auszuschreiben;
- dem Deutschen Bundestag schnellstmöglich ein mit den Ländern abgestimmtes Nothafenkonzept vorzulegen;
- Maßnahmen zu ergreifen, die gesetzlichen Lücken bei der Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs in der Seeschifffahrt zu schließen;
- ein Gutachten in Auftrag zu geben, das einen möglichen Aufbau und die zu erwartenden Effizienzgewinne einer nationalen Küstenwache als eigenständige Behörde untersucht;
- die Verhandlungen mit der Russischen Föderation über mehr Seeverkehrssicherheit in der Ostsee zu intensivieren;
- noch dieses Jahr das ILO-Übereinkommen 185 zu ratifizieren und umzusetzen.

Berlin, den 16. Februar 2005

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion